

In letzter Minute zum Flughafen



Mehr als 114 000 Menschen konnten in den vergangenen zwei Wochen aus Kabul ausgeflogen werden.
(Foto: Tomas Avenarius)

Den Aktivisten der "Luftbrücke Kabul" gelingt es doch noch, 189 gefährdete Afghanen aus Kabul zum Flughafen zu schleusen. Sie kritisieren die deutschen Behörden massiv.

Von [Tomas Avenarius](#), Doha

Fast 200 afghanische Ortskräfte deutscher Medienorganisationen und deren Angehörige sind von der US-Luftwaffe aus Kabul ausgeflogen worden. Zuvor war es dem deutschen Aktionsbündnis "Luftbrücke Kabul" gelungen, die Afghanen in eigener Regie durch die Checkpoints der Taliban zu bringen und den US-Streitkräften zu übergeben. Die 189 Afghanen, die unter der Taliban-Herrschaft wegen ihrer Arbeit für westliche Medien, NGOs oder andere Firmen um ihr Leben fürchten mussten, wurden am Sonntag auf amerikanische Militärbasen im Golf-Emirat Katar und in Saudi-Arabien gebracht. Von dort werden sie nach Deutschland weiterreisen.

Ein Luftbrücken-Team mit der deutschen Filmemacherin Theresa Breuer war am Mittwoch nach tagelangen Vorgesprächen mit den deutschen Behörden mit einem gecharterten Airbus A320 nach Kabul geflogen, um 170 Afghanen auszufliegen. Die Liste mit den Namen der betroffenen Personen war mit dem Auswärtigen Amt zuvor abgestimmt worden.

Am Flughafen Kabul selbst war es dann zu erkennbaren Koordinationsproblemen zwischen den Aktivisten und den Vertretern des Auswärtigen Amtes sowie der Bundeswehr am Flughafen Kabul gekommen. AA und Bundeswehr hatten am Airport den deutschen Evakuierungseinsatz gemanagt, mit dem deutsche Staatsbürger, aber auch Ortskräfte deutscher Firmen, NGOs und anderer Organisationen nach der Machtübernahme der Taliban evakuiert werden sollten.

Deutsche Medien, deren Reporter mitgereist waren - *Süddeutsche Zeitung*, *Der Spiegel* und *Die Zeit* waren vor Ort - hatten berichtet, dass es im Umgang der deutschen Vertreter am Flughafen mit dem Luftbrücken-Team große Schwierigkeiten gegeben hatte. Dies deutete unter anderem auch auf Abstimmungsprobleme zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesverteidigungsministerium hin.

Erste Versuche der "Luftbrücke Kabul", die Afghanen durch Vermittlung des mit den Taliban eng verbundenen Emirates Katar zum Flughafen zu bringen, waren am Mittwochabend gescheitert. Offenbart hatte es bei der Übermittlung der offiziellen Namenslisten an Katar Probleme gegeben.

Das deutsche Aktivisten-Team bemühte sich dennoch weiter. Nach dem schweren Selbstmordanschlag des Islamischen Staates am Donnerstagabend direkt am Flughafentor hatte das Rettungsunternehmen der Aktivisten dann allerdings kaum noch Erfolgsaussichten, zumal nach Angaben der US-Regierung mit weiteren IS-Anschlägen zu rechnen war. Außerdem waren alle Vertreter des AA sowie die Soldaten der Bundeswehr am Donnerstag ausgeflogen.

Die "Luftbrücke Kabul" hatte ihre Arbeit dennoch nicht eingestellt und im Alleingang noch 189 Personen retten können. Sie hatten dazu nach Angaben der Aktivistin Mattea Weihe "als zivilgesellschaftliches Bündnis die gesamte Schwarmintelligenz eingesetzt, um Dinge möglich zu machen" und gleichzeitig

Die Luftbrücken-Aktivistin kritisierte die deutschen Behörden massiv. Diese hätten dem Rettungsunternehmen immer neue bürokratische Hindernisse in den Weg gelegt: "Nachdem sich die Deutschen aus dem Staub gemacht hatten, ging alles viel einfacher", sagte Weihe der SZ. "Die Amerikaner hingegen haben uns wahnsinnig unterstützt."

Im Auswärtigen Amt sieht man die Dinge anders. In gut unterrichteten Kreisen heißt es, man habe bis auf die Ebene von Außenminister Heiko Maas hinauf alles getan, um die "Luftbrücke Kabul" zu unterstützen. Das Amt habe aber nur wenig Personal am Flughafen gehabt; das Kernteam der deutschen Botschaft Kabul sei voll mit den eigenen laufenden Evakuierungsoperationen beschäftigt gewesen. Es habe schlicht an der personellen Kapazität gefehlt.

Offenbar steht man im AA auf dem Standpunkt, dass der Airbus der Luftbrücke mit seinen immerhin 200 Plätzen eigentlich überflüssig war: Die Bundeswehr hätte die von der "Luftbrücke Kabul" versammelten Flüchtlinge angeblich ohne Probleme selbst ausfliegen können. Das Problem sei immer nur gewesen, betroffene Personen zu identifizieren und dann bis an den Flughafen heranzubringen. In diesem Punkt habe man die Hilfe der Luftbrücke gern akzeptiert.

SZ, *Spiegel* und *Zeit* hatten allerdings auch berichtet, dass ein Bundeswehr-Offizier am Flughafen gesagt hatte, mit dem Charterflug würden ohnehin keine Schutzbedürftigen der Bundesregierung ausreisen dürfen; dies sei eine eindeutige Vorgabe des Auswärtigen Amts. Im AA war zu hören, dass dies nie der Fall gewesen sei. Stattdessen habe man nach mühsamen Gesprächen mit der Vertretung Portugals am Flughafen 18 Afghanen gefunden, die schließlich mit der "Luftbrücke Kabul"-Chartermaschine hatten ausreisen können. Möglicherweise sei der Bundeswehroffizier falsch informiert worden.

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass man im AA vor allem die möglichen rechtlichen Konsequenzen der Ausreisen von Personen im Auge hatte, deren Aufenthaltsstatus in Deutschland oder einem anderen EU-Land nicht zuvor geklärt worden sei. Der Ansatz der Aktivisten, in einer Stunde höchster Not erst einmal unbürokratisch möglichst viele Menschen zu retten, passte dazu offensichtlich nicht.

°SZ [Feedback](#)

Alle SZ-Produkte

Süddeutsche Zeitung

[Meine SZ](#) NEU [SZ Plus](#) [Coronavirus](#) [Bundestagswahl](#) [Afghanistan](#) [Politik](#) [Wirtschaft](#) [Meinung](#)

Zur SZ-Startseite